

Hohenstein-Grünthaler Tageblatt

Anzeiger

Ersteinst
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1,40,
durch die Post Mk. 1,50 frei in's Haus.

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Grünthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzdorf, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Rufschnappel, Grumbach, St. Egidien, Sittengrund u. s. w.

Amtsblatt

für den Verwaltungsbezirk des Stadtrathes zu Hohenstein-Grünthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 17.

Dienstag, den 23. Januar 1900.

50. Jahrgang

Auk- u. Brennholz-Auktion

auf Oberwaldenburger Revier
Im Gasthofs „zur Kasse“ in Oberkirchheim sollen
Freitag, den 26. Januar 1900

8 Eichen, 5 Bu., 18 Wi., 312 Ndlh.-Stämme	bis 22 c Mittenft.
4 " 7 " 1 " 20 " "	von 23-36 " "
10 " 4 " 5 " 13 Ndlh.-Stämme	bis 22 " Oberst.
2 " 3 " " " " "	23-36 " "
1740 Nadelholz-Stangen bis 5 cm Unterstärke,	aufbereitet in den Schlägen
1340 " " " " " " "	Ndlh. 10, 20, 28 und Einzel-
350 " " " " " " "	hölzer in Ndlh. 2, 4, 5, 8, 19,
	34, 36, 29, 40, 42, 60 und
	61.
3 Nm. buch und 1 Nm. bi Nadelhölzer	aufbereitet in den Schlägen
3 " " " 38 " Nadelholz-Brennholz	Ndlh. 10, 20, 28 u. Einzel- u.
1 " " " 31 " " " " "	Durchforstungshölzer in Ndlh.
139 " " " " " " "	2, 4, 5, 7, 8, 16, 19, 23, 30,
5,50 Ndlh., Ndlh. u. 90,20 Ndlh. Ndlh.-Reisig	34, 36, 39, 40, 42, 44, 58,
	60, 61.

unter den üblichen Bedingungen versteigert werden.

Fürstl. Schönb. Forstverwaltung Oberwaldenburg.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Jan.

Das Haus zeigte auch heute ein ziemlich lebteres Bild, doch war dasselbe nicht mit dem gestrigen zu vergleichen. Die Beratung des Etats des Reichskanzlers wird fortgesetzt. Abg. Dr. H. H. (B. d. Landw.) erklärt, seine Freunde hätten sachlich nichts gegen die Aufhebung des Verbots, aber der Zeitpunkt dafür sei Angesichts der allgemeinen Situation nicht der richtige gewesen. Die ganze Art, wie sich dabei die Regierung verhalten habe, habe kein Vertrauen zu ihr erwecken können, ebenso wenig die Inkonsequenz, mit der der Reichskanzler jetzt die Sozialdemokratie als vorübergehende Erscheinung ansehe, nachdem seine früheren, hier und im Abgeordnetenhaus gemachten Versuche zu härteren Maßregeln gegen die Sozialdemokraten genau den entgegengesetzten Standpunkt behauptet hätten. Graf Bülow hätte sich gestern mehr auf das Reichsmittel der öffentlichen Stimmung im Land gegenüber England berufen sollen. Redner be-
auf den „Reichsanzeiger“ zu abonnieren. (Große Heiterkeit.) Die soziale und politische Gleichberechtigung der Arbeiter ist das Endziel, wonach wir streben, und dieses Ziel läßt sich nicht mehr zurückdrängen. Redner polemisiert schließlich gegen Kardorff, der als Mitunterheber der Schutzpolitik den Großkapitalismus gefördert habe. Abg. v. Krüger (cons.): Der Reichskanzler hat die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung genannt. Vorübergehend ist ja Alles, sogar die französische Revolution war bloß vorübergehend. Aber der Reichskanzler wird zugeben, daß auch eine vorübergehende Erscheinung Gefahren mit sich bringen kann, und jederfall hat die Regierung seit Ablehnung der bekannten Vorlage nichts gethan, um der Sozialdemokratie entgegenzutreten, aber gar Manches, um sie zu fördern.
Abg. Fürst Bismarck verteidigt kurz die Sozialisten-gehepolitik des ersten Reichskanzlers gegen Bebel. Um einer Legende entgegenzutreten, erklärt Redner, der erste Reichskanzler würde Anfangs des Jahres 1890 das verlängerte Sozialistengesetz auch in der Fassung, wie sie von den Nationalliberalen damals beantragt war, angenommen haben. Er habe diese Vergebung zwar vor dem Plenum des Reichstages machen können, aber nicht schon vor einem Beschluß der Commission. Mit der Schutzpolitik habe er schaffen wollen, sondern nicht bloß Geld für das Heer schaffen wollen, sondern er habe sich leiten lassen von der patriotischen Rück-
auf den Wohlstand des Landes. Hätten doch nicht schon Hochzeiten wegen mangelnden Schutzes damals schon Hochzeiten wegen mangelnden Schutzes ausgeblasen werden müssen. Fürst Hohenlohe habe gestern den Konservativen nachgesagt, sich mit Entwürfen zu tragen, welche die Zustimmung des Reichstages niemals finden würden. Ihm selbst sei von solchen Entwürfen nichts bekannt, wohl aber wisse er, daß Fürst Hohenlohe selber drei Vorlagen gemacht habe, welche der Reichstag abgelehnt habe. Und habe, welche der Reichstag abgelehnt habe. Und obwohl Fürst Hohenlohe bei der letzten Vorlage ge-
sagt habe, das sei das Mindestmaß des Möglichen, sei doch hinterher, als alles abgelehnt gewesen sei, der Rest Schweigen gewesen. (Heiterkeit.) So groß ferner seine Achtung vor Posadowsky sei, so müßte doch, bevor er dessen Theorie für richtig ansehen könnte, unter Regierung ein parlamentarisches sein. So lange wir aber ein monarchisches Regime haben, müßte die Regierung aufklärend wirken. Posadowsky habe gestern auch gesagt, der Erfolg des ersten Reichskanzlers sei doch mitbedingung gewesen durch ein Zusammenreffen großer geschichtlicher Ereignisse. Das sei doch nicht ganz richtig. Bei dem, woran Graf Posadowsky wohl selbst gedacht habe, seien doch die Ereignisse auch herbeigeführt, geschaffen worden. Was Herr v. Bülow und heute Bahn gegen ihn gerichtet, so meinte er: Graf Bülow hat aus im December erklärt, er halte fest an dem Dreibund und an den guten Beziehungen zu Rußland. Nun, was wollen wir mehr? Wenn aus ein solcher Name so etwas sagt, so sollten wir ihn

und Bülow ihren Besuch in England abgefatte hatten. Der Vorwurf der Schwäche gegen die Regierung sei auf dem Gebiete der inneren Politik berechtigt. Die Ursachen der Socialdemokratie sind die Irreligiosität und der Grundungsschwindel der ersten siebenziger Jahre. England ist uns insofern voraus, als dort Tausende sich mit warmem Herzen der Noth der Armeren annehmen. Darum hat dort die Arbeiterbewegung nie die bedrohliche Gestalt angenommen, wie bei uns. Wir müssen die gleichen Bahnen einschlagen. Erhöht wird uns das durch den Einfluß, den man bei uns dem bis auf Blut hingebenden Judenthum eingeräumt hat, das als die Partei des nationalen Verderbens bezeichnet werden muß. Unter diesem jüdischen Mammonismus leidet die körperliche und die geistige Arbeit gleichmäßig. Wegen dieses Mammonismus müssen alle Lebenskräfte unseres deutschen Volkes mobil gemacht werden. Dann wird sich aus der Socialdemokratie eine radikale Arbeiterpartei entwickeln, die mitwirken kann an den gemeinsamen Aufgaben des Vaterlandes. — Abg. Graf v. Bernstorff-Uelzen (Welfe): Daß die Noth der Landwirtschaft durch eine einzelne Maßregel beseitigt werden könne, glaube er nicht, selbst wenn diese Maßregel die Aufhebung der Handelsverträge wäre. Auch von der Politik mit dem starken Mann solle man nicht zu viel erwarten; die Zeiten seien nicht danach, um von solchen Maßregeln Erfolge zu erhoffen. — Abg. Klose (Centr.) befreit, daß den Bauern noch Gelegenheit zu einem vorteilhaften Verkauf ihres Gutes geboten sei. Schon bei 10 Hektar-Gütern sei der Verkauf schwer.

seine Suppe allein kochen lassen und uns nicht einmischen! Sie kennen ja doch die Geschichte von den vielen Köchen. Ich wünsche nur, daß auch der hohe Chef des Grafen Bülow dasselbe, wie dieser, von sich sagen könnte: daß nämlich auch er an den alten Glauben der Politik des ersten Reichskanzlers festhalte! Abg. Dr. Lieber (Centr.) bemerkt zunächst, eine Rückkehr zu der inneren Politik des alten Fürsten Bismarck sei nicht zu wünschen. Was unsere gegenwärtige auswärtige Politik anlange, so stimme er dem Vorredner darin bei, daß wir nicht weiter daran rühren sollten. Weiter spricht Redner sich gegen jedes Ausnahmegesetz aus. Hauptächlich aber nehme er das Wort, um zu erklären, daß ihm alle sonstigen, noch so heftigen Angriffe auf die Regierung nicht entfernt so gefährlich erschienen, als gerade die gegenwärtigen konservativen Angriffe auf die Regierung. Soeben erst habe Fürst Bismarck gesagt, daß der erste Reichskanzler 1890 zwar nicht vor der Commission, aber doch vor dem Plenum des Reichstages seine Vergebung zu machen bereit gewesen sei. Nun, und da werde hier dem jetzigen Reichskanzler ein Vorwurf daraus gemacht, daß er sich in der Frage der Aufhebung des Verbindungsverbots dem Reichstage gefügt habe. Wir können dem Reichskanzler nur Dank wissen, daß er mit der parlamentarischen Mehrheit rechnet und auch offen die Frage aufwirft, ob bei einer etwaigen Auflösung nicht etwa dieselbe Mehrheit wiederkommt. Das ist eben die Folge des allgemeinen Wahlrechts, daß damit gerechnet werden muß. Und wer hat denn das allgemeine Wahlrecht eingeführt? Derselbe starke Mann, nach dem sie toto die schreien! Im Namen meiner Partei habe ich ausdrücklich zu erklären, daß wir diejenige Politik, welche von Kardorff bis zu Kroeber, empfohlen wird, nicht mitmachen werden. Die Herren empfehlen einen starken Mann. Aber auch der stärkste Mann würde mit der Macht der Verhältnisse, wie sie sich nun einmal entwickelt haben, rechnen müssen und dagegen mit seiner Stärke nicht weiter kommen. Wir danken der Regierung dafür, daß sie bei der gegenwärtigen schwierigen Weltlage uns nicht noch in einen inneren Conflict hineintreibt, so lange es noch möglich ist, einen solchen Conflict zu vermeiden. Es ist nichts schlimmer, als fort und fort Unruhe in unserem inneren Leben zu erregen. Gerade als staatsverhaltende Partei werden wir die Regierung stützen, sowohl in ihrer auswärtigen, wie in der inneren Politik. Und wir werden alles Andere zurücktreten lassen, um die Regierung in dieser Lage zu stützen. (Beifall.) — Abg. Steinhilber (frei. Vgg.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen; es geht dem Bauer gar nicht so schlecht. Wollte man ihm aber helfen, so sollte man ihn nicht veranlassen, 500 000 Mark zu verputzen zu Gunsten des Bundes der Landwirthe. — Abg. Arndt (Rp.): Dem Bunde kann es nur recht sein, wenn der Vorsitzende des Vereins Nordost die Rothlage des Bauernstandes leugnet. Das kann die Popularität des Bundes nur heben. Redner sucht dann die Vorwürfe, welche v. Kardorff gegen die Regierung erhoben, namentlich hinsichtlich ungenügender Wahrung der Interessen der Landwirtschaft, als begründet zu erweisen, ebenso hinsichtlich Aufhebung des Verbindungsverbots und Fallens der Zuchtanstalten. Die Sozialdemokratie sei nicht eine vorübergehende, sondern dauernde Erscheinung, und darin gerade liege die Gefahr. Dagegen stimme er mit Dr. Lieber darin überein, daß man einen Conflict vermeiden müsse. Vor der Richterschen Empfehlung einer, wenn auch nur versuchsweisen, liberalen Aera müsse er warnen, die Liberalen würden dabei noch mehr zusammen-schmelzen und die Sozialdemokraten sich bedeutend vermehren. Vom internationalen Bimetallismus mag man behaupten, daß er nicht durchführbar sei, aber man kann nicht behaupten, daß er schwerere internationale Calamitäten im Gefolge haben werde, wie wir sie erst kürzlich bei der Goldwährung erlebt haben. (Sehr richtig.) Wenn man auch die Regierung gegen Agrarier und Conservative scharf macht, so werden wir die Regierung doch überall unterstützen, wo es sich um die Erfüllung wichtiger patriotischer Pflichten wie bei der Flottenvorlage handelt. (Bravo! rechts.) — Abg. Stöcker (fractionlos): Wir müssen es aus-sprechen, daß es eine recht unkluge Antwort Eng-lands war, wenn in dieser kläglichsten Weise unsere Volkstämme angehalten wurden, nachdem unser Kaiser

und Bülow ihren Besuch in England abgefatte hatten. Der Vorwurf der Schwäche gegen die Regierung sei auf dem Gebiete der inneren Politik berechtigt. Die Ursachen der Socialdemokratie sind die Irreligiosität und der Grundungsschwindel der ersten siebenziger Jahre. England ist uns insofern voraus, als dort Tausende sich mit warmem Herzen der Noth der Armeren annehmen. Darum hat dort die Arbeiterbewegung nie die bedrohliche Gestalt angenommen, wie bei uns. Wir müssen die gleichen Bahnen einschlagen. Erhöht wird uns das durch den Einfluß, den man bei uns dem bis auf Blut hingebenden Judenthum eingeräumt hat, das als die Partei des nationalen Verderbens bezeichnet werden muß. Unter diesem jüdischen Mammonismus leidet die körperliche und die geistige Arbeit gleichmäßig. Wegen dieses Mammonismus müssen alle Lebenskräfte unseres deutschen Volkes mobil gemacht werden. Dann wird sich aus der Socialdemokratie eine radikale Arbeiterpartei entwickeln, die mitwirken kann an den gemeinsamen Aufgaben des Vaterlandes. — Abg. Graf v. Bernstorff-Uelzen (Welfe): Daß die Noth der Landwirtschaft durch eine einzelne Maßregel beseitigt werden könne, glaube er nicht, selbst wenn diese Maßregel die Aufhebung der Handelsverträge wäre. Auch von der Politik mit dem starken Mann solle man nicht zu viel erwarten; die Zeiten seien nicht danach, um von solchen Maßregeln Erfolge zu erhoffen. — Abg. Klose (Centr.) befreit, daß den Bauern noch Gelegenheit zu einem vorteilhaften Verkauf ihres Gutes geboten sei. Schon bei 10 Hektar-Gütern sei der Verkauf schwer.

Weitere Bestimmen über Graf Bülow's Rede.

Die Reichstagsverhandlung über die Dampfer-Beschlagnahmen klingt noch immer in der gesammelten ausländischen Presse nach, und es ist bemerkenswerth, daß überall die Sympathien auf deutscher Seite sind, auch in Frankreich und Rußland, und sogar in dem einzig relativ englandfreundlichen Lande der Welt — in den Vereinigten Staaten; nur in England weiß man die friedfertige Haltung des Deutschen Reiches und seine Wahrung des Rechtsstandpunktes nicht zu würdigen und sieht auf uns in unangemessenen Schmähreden, die nichts Anderes ver-rathen können als den Schlag des bösen Gewissens. Der conservative Globe schreibt, er nähme mit Bedauern wahr, daß Graf Bülow beliebt habe, England in ungewöhnlicher und unfreundlicher Sprache Vor-
stellungen zu halten. Wenn er oder ein anderer Vertreter einer auswärtigen Regierung den Eindruck habe, der Kriegszustand mit Transvaal werde England ver-anlassen, von seinen maritimen Rechten abzusehen, irre er sich ungeheuer. Ehe Bülow wieder einen Vortrag halte über die Rechte von Neutralen, möge er sich lieber informieren, was sein eigenes Land prakticirt habe. England bekomme die Vorlesungen von aus-wärtigen Kritikern etwas satt. Dann heißt es weiter: Deutschland selbst, das Metta der Militär-Bilger, habe seit der Capitulation von Paris Frieden; es habe kaum einen Offizier unter dem Obersten-Rang, der auch nur einen ersten Schutz gesehen habe und selbst darüber nur wenige (!) Wie die Mannschaften wären, sei schwer zu sagen, aber der trainierte deutsche Unteroffizier sei ein Ding der Vergangenheit. Keine Armee habe mehr Pulver gerochen als die englische, und sie habe Jungen von 21 Jahren, die selbst vor dem Transvaalkrieg in genug Gefechten gewesen seien, um die militärische Reputation eines deutschen Generals wettzumachen. Daß die ausländischen Kritiker Eng-land die Elemente der Kriegführung lehren wollten, sei unerhört und ungerechtfertigt.
(Das sind allerdings Aeußerungen, die wohl dazu angethan wären, sich patriotisch zu entrichten, aber sie scheinen doch mehr geeignet zu sein, Heiterkeit zu erregen. Nun wollen sie auch schon die deutsche Armee als leistungsunfähig hinstellen! Ein englischer „Junge“ von 21 Jahren soll einem deutschen General die Stange halten können! Das „genügt“ — in der That. Wenn siegreiche Generale so sprächen, könnte man ihnen das noch zu Gute halten, aber so klingt es aus einem Munde, das von einer Bauerntruppe fort und fort befestigt wird.)
Hierzu drucken die Zeitungen triumphierend unter der Überschrift: **Wider ein deutsches Offizier**